

Riescher Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Draftenlohn: Tagesblatt Riesa, Semest. Nr. 20.

Postfach: Leipzig 3180A, Postamt Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 54.

Donnerstag, 6. März 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riescher Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 3.80 Mark monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundzeile (7 Silben) 20 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweise- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beide Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontostand gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Verzehnjährige Unterhaltungsbeiträge: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Weiter- oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Queden-Ankauf.

Da die vorhandenen Quedenbestände zur menschlichen Nahrung freigegeben werden müssen und die als Ersatzfutter für Seepferde zu verarbeitenden Queden zur Reife gehen, werden die Landwirte aufgefordert, die gesammelten Quedenmuster der Firma Wexhauer & Fröhlich, Großenhain, Aufschluhaleis Cottbuser Bahnhof, anzuliefern.

Der Händler Herrmann Danke ist Aufführer für diese Firma. Bei Verfrachtung der Queden mittels Bahn sind die abgetrockneten Frachtbrieve von der Firma zu belegen.

Bei unmittelbarer Zufuhr der Queden mittels Gekörns in die Fabrik nach Großenhain wird außer dem Höchstpreis von 8.— M. pro Buntner reiner Queden bei Zufuhr größerer Mengen eine angemessene Aufzubereitungsgebühr bewilligt. Im einzelnen Falle ist mit dem genannten Aufführer das Nähere zu erörtern.

Großenhain, am 4. März 1919.

154 c VIII. Die Amtshauptmannschaft.

Nachstehende Verordnung des Demobilisierungsamtes Nr. 117 vom 17. Februar 1919 wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß all bisher ergangenen Verordnungen über Anmeldung des Bedarfs an Arbeitskräften bei einem Arbeitsnachweis auch weiterhin in Geltung bleiben: (Zu vergl. Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 27. 11. 1918, abgedruckt in Nr. 303 des Riescher Tageblattes vom 31. 12. 1918.)

Verordnung über die Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung eines Bedarfs an Arbeitskräften.

§ 1. Jeder Arbeitgeber, welcher fünf oder mehr Arbeitskräfte benötigt, ist verpflichtet, deren Zahl, Beschäftigungsart und Arbeitsplätze binnen 24 Stunden nach Eintritt des Bedarfs bei einem nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweis, welcher sich mit der Vermittlung von Arbeitskräften der benötigten Beschäftigungsart befaßt, anzumelden.

§ 2. Ein Arbeitgeber, der einen Bedarf an Arbeitskräften der gleichen Art bei verschiedenen, nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweisen anmeldet, ist verpflichtet, bei der zweiten und jeder folgenden Anmeldung anzugeben, bei welchem Arbeitsnachweis er denselben Bedarf bereits angemeldet hat.

§ 3. Die Verpflichtung nach §§ 1 und 2 trifft an Stelle des Arbeitgebers diejenigen Personen, welche von ihm allgemein oder für den Einzelfall mit der Annahme von Arbeitskräften für seine Zwecke beauftragt sind.

§ 4. Die nach den §§ 1 und 2 meldepflichtigen Personen haben jede Befugung der als offen angemeldeten Arbeitsplätze den Arbeitsnachweisen, bei denen die Anmeldung erfolgt ist, binnen 24 Stunden mitzuteilen.

Der Streik.

Warum es sich in Leipzig handelt.

Aus Dresden ist folgendes dringendes Telegramm bei der Leipziger Streikleitung eingetroffen: „Volksbeauftragter Schwarz ist bereit, mit Arbeiter- und Soldatenrat über Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Leipzig zu verhandeln. Er kehrt Donnerstag zur Verfügung. Mäßigkeit! Sofortige dringende Drahtantwort erwünscht. Unterschrift: Für das Gesamtministerium: Grabaner.“ — Die Leipziger „Volksstimme“ bemerkt zu diesem Verhandlungsangebot: Die Volksbeauftragten in Dresden scheinen noch immer nicht zu wissen, worum es sich in Leipzig handelt. Die Arbeiter wollen nicht die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens in dem Sinne, wie es die von den Reichs-/Alliierten unterzeichneten Bourgeoisie wünscht, sondern sie verlangen nach der Sozialisierung des Wirtschaftslebens, nach der Deckung eines sozialistischen Gemeinwessens und daß in nicht allein eine sachliche Angelegenheit, geschweige denn, daß diese Frage in Leipzig allein gelöst werden könnte. Wenn also Verhandlungen geführt werden sollten, so wird das nur auf der Grundlage geschehen können, daß die sachliche Regierung sich verpflichtet, für die Erfüllung der Forderungen der Leipziger Arbeiterkass mit aller Kraft einzutreten.

Dem Reichstag großen A.- und S.-Rat werden folgende Forderungen der Streikenden zur Berücksichtigung vorangetragen: 1. Nur die von der arbeitenden Bevölkerung gewählten Arbeiter- und Soldatenräte haben die gesetzgebende und ausführende Macht. 2. Die Organisation des Wirtschaftslebens liegt in den Händen der Betriebs- und Wirtschaftsräte, welche die Sozialisierung durchzuführen haben. 3. Rationalisierung der Lebensmittel durch die Arbeiterräte. Der engere Ausschuss der A.- und S.-Räte hat sich bereits einstimmt auf den Boden dieser grundsätzlichen Forderungen gestellt. Die Streikfrage ist weiter unverändert.

Die Streikfrage scheint sich in Leipzig immer mehr zuspitzen. Die Streikleitung, die sich durch die Ereignisse in Berlin gehärtet fühlt, fordert in aufreizenden Ansprüchen an den Vorkämpfern die Erbitterung des Bürgerrechts immer mehr heraus. Der Bürgerausschuß fordert auch seinerseits das Bürgerrecht zum Ausschalten auf und weiß auf die Ungerechtigkeit der neuen Regierung hin. — Die Bankangestellten hatten sich bereit erklärt, falls ihnen Licht und Heizung wie bisher gesichert, die Ernährung sichergestellt und ihre persönliche Sicherheit auf dem Wege zur Bank und während der Arbeit gewährleistet werde, diese wieder aufzunehmen. Der engere Ausschuss des A.- und S.-Rates hat jedoch die gestellten Bedingungen nicht angenommen. — In Schandebühl sind Schlägeraktionen aufgeworfen worden. Die Arbeiter wurden im Volkshaufe bewußt.

Die Lebensmittelgeschäfte in Leipzig sind fast ohne Ausnahme geschlossen. Allerdings schrumpfen ihre Vorräte immer mehr zusammen. Die Waren- und Konfektionshäuser, Bäckereigeschäfte und zahlreiche andere Läden sind geschlossen. Den Lebensmittelbetriebe, Krankenhäusern und Bazillen werden durch die Streikleistungen der einzelnen Bezirke Kosten zugewiesen. Der Beamtensstreik machte die Ausschaltung von Arbeiterunterstützungen und Kriegsunterstützungen bisher unmöglich. Das Reichsgericht hat geordnet, seine Verhandlungen bis auf weiteres auszusetzen, da es den Anwälten infolge der Verkehrsschwierigkeiten unmöglich ist, den mit ihren Mandanten notwendigen Verkehr aufrecht zu erhalten. — Die Post gab bekannt, daß Briefschaften nach auswärts vorläufig nicht mehr befördert werden.

Volksbewegung im „Wagenfeldschlager Kohlenrevier“. In eine neue Volksbewegung sind die Bergarbeiter des Zwidauer und Wagenfeldschlager Kohlenreviers getreten. Sie

fordern eine allgemeine einheitliche Wohnregelung für beide Reviere sowie eine einmündige Feuerungsanlage, ähnlich wie im Ruhrgebiet. Die neu zu bildenden Arbeiterausschüsse werden sich in den nächsten Tagen mit den Forderungen beschäftigen.

Zur Lage in Halle.

Aus Halle wird gemeldet: Die Eisenbahner hielten vorgehen eine Verammlung ab und beschlossen, erst dann wieder die Arbeit aufzunehmen, wenn die Rotte-Garde Halle verlassen habe. Es ist also keine Aussicht, daß der Eisenbahnerstreik sobald wieder aufgenommen wird. Die Arbeiter sind fest entschlossen, den Generalstreik weiterzuführen, bis die Regierungstruppen die Stadt verlassen haben. Das Elektrizitätswerk und das Gaswerk sind jetzt ebenfalls stillgelegt worden. Im Bergbau bezirke ist mit dem Erlöschen der Schächte, besonders der Kaingraben, zu rechnen. Wenn die Arbeit im Mansfelder Kupfer-Schiefer-Bergbau nicht bald wieder aufgenommen werden kann, wird dieses auf Jahre hinaus gerückt und Deutschland dadurch seiner einzigen inländischen Kalkquelle beraubt.

Nach einem Bericht der „Leipa. Volksstimme“ sind in Halle 3000 Mann Regierungstruppen eingetroffen. Diese Truppen seien von dem rechtssozialistischen Abgeordneten Thiele persönlich nach Halle geführt worden, trotzdem ihm bekannt gewesen sei, daß dort völlige Ruhe und Ordnung herrsche. Nur mit dem Eintreffen dieser sogenannten Weissen Garde sei die Ruhe geklärt worden und sei es zu Plünderungen gekommen.

Die Streikfrage wird in Berliner Regierungskreisen als gütlich betrachtet. Zu dieser Hoffnung berechtigt auch der Umstand, daß der Streik dauernd in seinen Folgen gewandelt hat, und daß die Forderungen der Streikenden allmählich nicht verschärft, sondern herabgemindert worden sind. So hat man den Festfuß, daß die Regierung zurücktreten muß, fallen gelassen und sich auf die Forderung sachlicher Zugeständnisse beschränkt. Trotzdem darf man die Lage noch nicht als zu ruhig betrachten, da zu befürchten ist, daß die unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten sich mit dem in Weimar getroffenen Abkommen nicht ohne weiteres einverstanden erklären werden. Die militärische Leitung beurteilt die Lage, gestützt auf das große Nachdruckgefühl, durchaus zureichend.

Ueber Ausstellungen, die sich am Dienstag auf dem Alexanderplatz in Berlin ereigneten, ist den Vorkämpfern noch zu entnehmen: Gegen Mittag hat sich auf dem genannten Platz eine große Menge, zumeist hitzige Gesinde, eingefunden. Zwei Offiziere, die den Platz im Wagen passierten, wurden herausgeholt, blutig geschlagen und am Boden liegend, mit Fuhrknechten bearbeitet. Eine Abteilung des Garde-Trains geriet in Gefahr, von der Volksmenge entzweielt zu werden. Als Regierungstruppen hinzukamen, fielen mehrere Schüsse, worauf der Platz geräumt wurde. Vier Männer und zwei Frauen wurden dabei getötet. Von den Regierungstruppen fiel ein Leutnant. Auf dem Gröblicher Bahnhof verhielten sich gestern nachmittags streikende Arbeiter, die Geleise aufzureißen, wurden aber von Bahnbeamten und Soldaten daran gehindert. In der Kaiserinnenallee mußte sich ein in das Stadttiere marschierender Truppendeitel mit der Schutzwaife gegen den Fahnenzug zur Wehre setzen. Dieser hat diese Schickerei nicht gefordert. Am Schleißer Bahnhof und in Rosau ist es vorgestern noch zu einigen Plünderungen von Geldkästen gekommen. — Die Beamtenschaft des Eisenbahndirektionsbezirktes Berlin hat beschlossen, sich nicht an dem Generalstreik zu beteiligen, weil sie im Interesse des allgemeinen Wohles die Ordnung aufrechtzuerhalten wissen will und auf Seiten der Regierung steht. Einen entsprechenden Entschluß haben auch die Vertrauensleute der

Arbeiterkass, soweit sie im allgemeinen Eisenbahnerverband organisiert sind, gefaßt. — Berliner Tageblatt, Volksstimme, Postische Zeitung und andere Berliner Blätter sind auch gestern nicht erschienen. Im Laufe der letzten zwei Tage sind durch Plünderer und Räuber schwere Ausbeute erbeutet worden. Eine große Fülle von Anzeigengeld ist eingelaufen über Plünderung von Goldwaren- und Schmuckwarengeschäften. Das geraubte Gut beläuft sich auf viele Millionen. Auch auf Kreditbüros und Stoffe hatten die Räuber es abgesehen. Konfektionshäuser wurden ausgeraubt und für Hunderttausende Mark an Waren gestohlen. Im Norden und Osten der Stadt bis zum Zentrum sind zahlreiche Geschäfte ausgeraubt worden. Besonders wurden jedoch Lebensmittelgeschäfte, Butter- und Fleischwarenhandlungen ausgeplündert. Auf offener Straße hielten mittags 12 Uhr etwa zehn Waffentragende an der Ecke der Schönhauser- und Treptowstraße einen Schneidemeister an und raubten ihm eine Preterstafette mit 3000 Mark, die goldene Uhr und Kette. — Wie der „Vorwärts“ berichtet, brangen plötzlich vorgestern abend gegen 7 Uhr eine Anzahl Personen auf dem Bahnhof Nordring der Hoch- und Untergrundbahn ein und verhierten das Auslaufen derzüge. Die Direktion hat bei der Kommandantur um militärische Hilfe, die ihr aber mit der Begründung abgelehnt wurde, daß dies heute ein Ding der Unmöglichkeit sei und daß Militär nicht einzelne öffentliche Gebäude schützen könne. Der Verkehr wurde infolge dessen gegen 8 1/2 Uhr, trotzdem die Beamten der Hoch- und Untergrundbahn gehofft hatten, den Verkehr wenigstens bis gegen Mitternacht aufrechtzuerhalten zu können, eingestellt. In den Haltestellen sind gestern früh die Arbeiter fast überall zur Arbeit angetrieben und haben erklärt, daß sie sich erst im Laufe des gestrigen Vormittags zu einer Antwort entschließen könnten.

Auch in Bremen wird es weiter unruhig.

Eine in der vergangenen Woche in Bremen abgehaltene Verammlung der Vertrauensleute sämtlicher Groß- und Kleinbetriebe setzte einen 21 allseitigen Ausschuss ein, der an die provisorische Regierung Bremens die Aufforderung auf sofortige Freilassung der politischen Gefangenen richtet, anderenfalls in Bremen der Generalstreik verkündet werden sollte. Die Regierung versprach in öfteren Unterredungen, auf die Sozialdemokratie einzumirken, daß diejenigen, bei denen kein Rückverhaft vorliegen sollte, aus der Haft entlassen werden. Die Arbeiter der A.-G. Weser haben sich gestern einstimmig für den Streik erklärt, während die Arbeiter der Dania-Hood-Werke, der Atlas- und Frankfurter Werke eine Beteiligung an dem Streik ablehnten.

Neue Zustände im Ruhrrevier.

In einzelnen Teilen des Essener Reviers sind die Belegschaften wegen Lohnforderungen erneut in den Ausstand getreten, und die Gesamtzahl der Ausständigen im Ruhrgebiete beläuft sich auf 75000 Mann.

Spzialisten-Riberaula in Riel.

In Riel, wo die Spzialisten sich eifrig bemühen, die Arbeiter zum Generalstreik aufzuheben, haben sie einen vollen Misserfolg zu verzeichnen.

Bestimmung über das Rätefolien in Braunschweig.

Bei der Urabstimmung der organisierten Arbeiterkass der Stadt Braunschweig in der Frage des Rätefolien wurden, wie der Volksfreund meldet, 3341 Stimmen für sofortige und 2013 Stimmen für spätere Einführung des Rätefolien in Braunschweig abgegeben. Ungültig waren 117 Stimmen.

Rändener Forderungen.

30 sozialdemokratische Verammungen nahmen in Rändener eine Entschliessung an, die folgende Forderungen enthält: Sozialistische Einheitsfront, Einberufung des Landtages, Bildung einer verhandlungsfähigen Regierung, S-

7.7.

Herung der Pressefreiheit, Ausbau des Mittelstandes, Heranwach
der Räte auf demokratischer Grundlage, sofortige Sozialis-
sierung. — Für dieses Programm und gegen den Terror
wird an einem noch feststehenden Tage eine Massendemo-
stration stattfinden.

Variation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Varietät der Unabhängigen wurde Dienstag fort-
geführt. Rautsky erbat einen mehrstündigen Bericht über
die internationale Konferenz in Bern. Diebstahl macht er
unter lebhafter Zustimmung der Versammlung den Reichs-
sozialisten den Vorwurf zweideutiger unklarer Haltung, z. B.
in der Frage der Volksabstimmung in Elsas-Lothringen, in
der Schulfrage usw. Darauf hielt eine längere Rede Frau
Klara Zetkin. Die Rednerin wendet sich in den schärfsten
Worten gegen Rautsky und die von der Mehrheit der Un-
abhängigen, insbesondere von den ehemaligen Reichstägern
der Regierung vertretenen Politik. So schmerzhaft es ist, so
schränkte sie aus, wir kommen nicht darüber hinweg, einen schär-
feren, trennenden Strich zwischen rechts und links in unserer
Partei zu ziehen. (Auslöse Stille lagert bei diesen Worten
über dem Varietät.) Dr. Weissfeldt verlangt die Ver-
zögerung der großen Parteien, die Annulierung der
Rechtsanklagen über 20000 M. eines Staatsgerichtshof zur
Aburteilung der Kriegsbeschädigten. — Es ist dann ein hart
unterstützter Antrag eingebracht, die Nationalversammlung
abzulehnen, weil sie kein Volksparlament sei, und der Ver-
trag, das nur einige Abgeordnete der Partei dort anwesend
sein sollen, um die Beschlüsse zu kontrollieren und um zu
protektieren.

Die Reichsregierung über Arbeiterräte und Sozialisierung.

Aus den Verhandlungen zwischen den Vertretern der
Berliner Arbeiterschaft und der Regierung ergaben sich für
die nächste Zeit folgende erkennbare Absichten der Re-
gierung: 1. Die Arbeiterräte. a. Die Arbeiterräte werden
als wirtschaftliche Interessensvertretung grundsätzlich aner-
kannt und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung,
Wahl und Aufgaben werden durch ein Gesetz zu veranlassen,
besonders des Gesetzes geordnet. b. Für die einzelnen Betriebe
sind Betriebsarbeiter- und Vorkommisräte zu wählen, die
bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse
gleichberechtigt mitzuwirken. c. Zur Kontrolle und
Regelung der Produktion und Warenverteilung werden für
alle Industrie- und Gewerbetreibende Arbeiterräte gebildet,
in denen die Unternehmer und Betriebsleiter, Ar-
beiter und Vorkommisräte und die Arbeitgeber- und Arbeit-
nehmerorganisationen mitwirken. d. Für bestimmte terri-
toriale Bezirke werden Bezirksarbeiterräte (Arbeitsräte)
und für das ganze Reich ein Zentralarbeitsrat gebildet.
In den Bezirks- und Zentralarbeitsräten sollen alle selbst
Arbeit leistenden, auch die Arbeitgeber, freien Berufs usw.
vertreten sein. Diese Räte haben bei Sozialisierungsmaß-
nahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialisierter
Betriebe und Gewerbetreibende heranzuziehen. Sie haben
weiter alle wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze zu be-
gutachten und das Reich, sowie Provinz zu beantragen. Die
Reichsregierung wird den Zentralrat vor der Einbringung
wirtschaftlicher und sozialer Gesetze hören. 2. Arbeitsrecht.
Ein Gesetz über ein einheitliches demokratisches Arbeitsrecht
mit dem Ziele der Schaffung demokratischer-konstitutioneller
Verhältnisse in den Betrieben ist sofort der Nationalver-
sammlung vorzulegen. 3. Sozialisierung. a. Der Bericht
und die Beschlässe der Sozialisierungskommission werden
sofort veröffentlicht. b. Die Sozialisierungsgesetze und das
Gesetz über die Sozialisierung der Kohlenbewirtschaftung
sind von der Reichsregierung und dem Staatenausschuss
bereits angenommen und der Nationalversammlung zur Be-
schlußfassung unterbreitet worden. Weitere Sozialisierungs-
maßnahmen werden unter Ausbeugung von Sachverhältnissen
und der Arbeiterräte sofort in Angriff genommen. 4. Militär-
sachen. Alle nach dem allgemeinen Strafgesetzbuch strafbaren
Handlungen werden auch bei Militärpersonen den bürger-
lichen Gesetzen zugewiesen. Ein entsprechendes Gesetzent-
wurf ist von der Reichsregierung bereits vor einer Woche
in der Nationalversammlung angebracht worden und wird
mit Beschleunigung fertiggestellt werden. 5. Lebensmittel-
versorgung. Die Regierung hat bereits angeordnet, daß
die Lebensmittel unter Aufsicht der Gemeinden an die
Wohlfühler verteilt werden. An der Verbesserung der
Lebensmittelversorgung wird andauernd gearbeitet.

Die die Politischen Parlamentarischen Nachrichten mit-
teilen, gelangt Freitag in der Nationalversammlung die So-
zialisierungsverträge zur Beratung. Die das Sozialisierungs-
gesetz, so ist auch das Gesetz über die Kohlenorganisation von
Staatsrat genehmigt worden und liegt der Nationalver-
sammlung vor. Die Regierung verhandelt darüber mit
einem Reichsministerialkommissionen, das der Vorkämpfer des
Reichsarbeiters und des Selbstverwaltungsgewerks, das
die ganze Kohlenwirtschaft des Reichs teilen soll, darstellt.
Die verlaute, sollen sich die Vorschläge der Regierung
gegenüber der Berliner Arbeiterschaft, in der Richtung
der Befreiung der A- und C-Räte in der Verfassung be-
wegen.

Nationalversammlung.

Die gestrige Sitzung wird um 3/4 Uhr eröffnet. Auf
der Tagesordnung steht die deutsch-polnische Interpellation
über die Zustände in der Provinz Posen.
Abg. Frau S c h r i m m a c h e r (Deutschn. Volksp.):
In den Ostmarken ist heute noch Krieg. Die Polen haben
trotz des Waffenstillstandes vom 17. Februar die Feindsel-
igkeiten nicht eingestellt. Die deutsche Bevölkerung auf
der ganzen Demarkationslinie ist in Angst und Not zerschla-
gen und getötet. Noch schlimmer sind die jenseits
der Demarkationslinie unter polnischer Herrschaft lebenden
Deutschen daran, wo keine deutsche Verwaltung mehr be-
steht. Dort beginnt jetzt die Auswanderung der im Westen
befindlichen polnischen Bevölkerung, die, ungefähr 200000
Seelen stark, jetzt in die Ostmarken zurückkehrt, um das
polnische Element zu verstärken und bei einer Abstimmung
beweisen zu können, wie stark polnisch Polen ist. Die Ge-
richte sind dort einseitig mit Polen besetzt und parteilich.
Daraus ergibt sich völlige Rechtslosigkeit der Deutschen.
Die Aushebung erstreckt sich auch auf Deutsche. Die deut-
schen Geiseln, die ihre Kost wie das Vieh aus einem Kauf
erhalten, sind noch nicht zurückgegeben. Die deutschen
Städte und Dörfer werden mit hohen Kriegsteuern be-
legt. Alle Deutschen sollen von ihrem Einkommen 50
Prozent Steuern für das polnische Heer zahlen. Die Re-
gierung schließt weiter in bewogenen Worten die Strafan-
lagen gegen die Polen auf. Die Polen haben in West-
preußen schon einen Staat im Staate gegründet. Die
dänische Bevölkerung ist außerordentlich beunruhigt. Ich
frage daher die Regierung, was sie zu tun gewillt und
fähig ist.

Reichsminister Erzberger: General Dupont hat er-
klärt, daß, um Beziehungen der Demarkationslinie zu ver-
hindern, alliierte Offiziere entsandt werden sollen. Er hat
sich weiter verpflichtet, für die Durchführung des Schutzes
der deutschen Bewohner innerhalb der Demarkationslinie
einzutreten. Die alliierten Regierungen werden gegen pol-
nische Übergriffe einschreiten. Alle Geiseln sollen freige-
lassen werden. Sobald die Einstellung der Feindselig-
keiten durchgeführt ist, wird der ungehinderte Waren-
verkehr und Selbstverkehr in der Provinz Posen wieder auf-

genommen werden. Es ist zu hoffen, daß wir aus dem
befestigten Gebiet im Osten landwirtschaftliche Erzeugnisse
erhalten können, da auch polnischseits wegen der großen
Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen in Polen sich
ein reger Warenaustausch entwickeln muß. Die Regierung
ist alles, um die Not unserer Landsleute in der Ostmark
zu lindern. Die Anklagen der Alliierten, daß die Polen
die Demarkationslinie nicht überschreiten dürfen und die
Geiseln freilassen müssen, sind Inhalt des Waffenstill-
standsabkommens, wenn sie auch aus formellen Gründen
nicht in ein Protokoll aufgenommen wurden. Gegenüber
der Befürchtung, daß die polnische Bewegung auf West-
preußen übergreifen würde, gebe ich zu bedenken, daß nicht
gerade die Befestigung der Demarkationslinie einen Schutz
dagegen bietet. Es ist jetzt Aufgabe der wehrfähigen
Jugend, besonders in der Ostmark, ihre Heimat mit aller
Kraft zu verteidigen. Ich hätte gewünscht, daß die preus-
sische Polenpolitik schon früher den Grundrissen des pol-
nischen Volkes besser gerecht geworden wäre, die Situa-
tion wäre dann für uns heute viel günstiger. Die neue
preussische Regierung hat erst sehr spät den Versuch machen
können, berechtigten polnischen Wünschen Rechnung zu tra-
gen. Einer der wichtigsten Programmpunkte der deutschen
Regierung zum Friedensschluß ist der Schutz der nation-
alen Minderheiten. Diese Forderung wird am besten da-
durch begründet, daß wir den bei und wohnenden nation-
alen Minderheiten dieselben Freiheiten gewähren, welche
wir für unsere deutschen Volksgenossen in anderen Län-
dern verlangen. (Zustimmender Beifall bei der Mehrheit.)
Preussischer Unterstaatssekretär Dr. Bräuer: Durch
das Abkommen vom 17. Februar ist der Schutz der Deut-
schen durch die Demarkationslinie der Interalliierten Kom-
mission in Warschau übertragen worden, welche in diesen
Tagen in Bromberg zusammenzutreten wird. Die preussische
Regierung hat der Kommission bereits die Grundzüge mit-
geteilt, nach denen sie die Verhandlungen geführt zu so-
hen wünscht. Sie fordert u. a., daß die Provinz Posen ein
Besonderes Vorrecht bleibt. In der Gesehfrage ist neben
den Verhandlungen seitens der Waffenstillstandskommit-
tation noch eine besondere Aktion des Reichs in Frage.
Die preussische Regierung wird tun, was in ihren
Kräften steht und sie wird sich dabei von dem Grund-
satze leiten lassen, was deutsch ist, soll deutsch bleiben.

Auf Antrag des deutsch-nationales Abgeordneten
Schulz-Bromberg findet die Beratung der Interpellation
statt mit Beschränkung der Redezeit auf 25 Minuten.
Abg. Schulz-Posen (Pos.): Ich bin etwas pes-
simistisch als die Regierung. Ich habe genau mit den Polen
verhandelt und muß sagen, soweit Verhandlungen, soweit
Vorstände. Man wird versuchen, für das ganze zwei-
sprachige Gebiet eine partielle Verwaltung einzurich-
ten. Wenn man, im Gegensatz zu der alten Regierung und
den alldeutschen Treibern, Menschenrechte und Volks-
rechte achtet, wird es möglich sein, daß die Polen neben
den Deutschen und die Deutschen neben den Polen wohnen.
Abg. S a g a w o (Pos.): Auch ist die Demar-
kationslinie keine noch rein deutsche Geziele. Die Polen
sollen durch Abbruch sich nicht verdrängen lassen. Lebens-
mittel aus Polen zurückzuführen und dadurch in Deutsch-
land die Hungersnot zu beugen. Hunger ist der Vater
des Volkseigennutts. Wenn dieser auch in Deutschland zur
Herrschaft gelangt, dann ist das Schicksal Polens besiegelt.
Die gegen Deutschland gerichtete Politik verfehrt auch
den Stand der katholischen Kirche im Osten. Die deutsche
Reichsregierung sollte daher den Absoluten Staat er-
stehen, seinen Einfluß bei den Polen geltend zu machen,
daß sie ihre Feindseligkeiten und Grausamkeiten gegen die
deutsche Bevölkerung unterlassen. Die Zukunft des pol-
nischen Volkes kann nur durch eine Verständigung mit
Deutschland hergestellt werden.

Abg. Dr. Herzmann-Posen (Dem.): Als die Re-
volution kam, hatten die Polen schon alle Vorbereitungen
getroffen, um ihren Ansprüchen praktischen Nachdruck zu
geben durch ihre Organisation der Volksräte. Es er-
scheint denn auch vollständig geklärt auf dem Plan, um in
wenigen Stunden die militärische Macht in Polen und
in der ganzen Provinz an sich zu ziehen. Der mangel-
hafte Nachschub der Deutschen im Demarkationsgebiet
ist ein besonders trübes Kapitel. Die Polen kulturell
und wirtschaftlich eine deutsche Provinz ist, ist aber allem
Zweifel erhaben. Auch ethnographisch ist es nicht un-
zweifelhaft polnisch. Wenn wir wirklich einen Rechts-
zustand bekommen, brauchen wir uns um die Ostmark keine
Sorgen zu machen. Aber mir erscheint es sehr zweifelhaft,
sich diese, hat die Regierung alle Vorkehrungen getrof-
fen, hat für den Fall, daß eine Volksabstimmung in
der Ostmark notwendig ist. Die Polen sollten nicht ver-
gessen, daß wir einen gemeinsamen furchtbaren Feind in
Polen und in jeder Richtung aufeinander angewiesen sind.

Abg. D i k e r (Deutschn. Volksp.): Die Polen achten
die Demarkationslinie nicht. Erst vor einer halben Stunde
habe ich zwei Telegramme über neue Angriffe der Polen
erhalten. Man vergesse nicht, daß unsere heilige Wieche zum
Bayerland ins Gegenteil umschlagen kann. Wenn wir nicht
mehr wissen, wo wir unser Haupt hinlegen sollen, dann
wird sich die Wieche in einen Stein gegen unsere Volksgen-
ossen umwandeln.

Abg. B e n n e m a n n (Deutsche Volksp.): Die Notlage
unserer Volksgenossen in der Ostmark ist in der Tat er-
strecklich. Die Regierung erwartet alles von den Verhand-
lungen in Bromberg. Wir können aber von dieser Entente-
kommission nicht mehr erwarten. Wir fürchten, daß
diese Herren den Aufteilungsplan schon fertig mitgebracht
haben.

Abg. Dr. C o h n (Unabh.): Was ist den Deutschen
von den Polen geschieht, ist genau so zu beurteilen wie das,
was früher den Polen von den Deutschen geschah. Die
Polen haben allerdings ein großes Talent, in ihrer Presse-
agitation einen Teilbestand in das Gegenteil zu verkehren.
Infolge der Antipolitik kam der Haß der Polen zum
Ausbruch, als Deutschland schwach geworden war. Leider
deutet dem nicht zu bestreuten Übermut der Polen auf
deutsch Seite eine kleinmütige, schwache Politik gegenüber,
welche sich in Mitleidigkeit und widerlicher Angliederung
an die Entente erschöpft. Ein Grenzschutz wird nur so weit
möglich und gerechtfertigt sein, als es gilt, kühnere und
plündernde Hände aus Kongreßpolen abzuwehren. Re-
dner schloß mit heftigen Angriffen auf Minister Erzberger.

Minister Erzberger: Die Angriffe des Abg. Cohn
berühren mich nicht. Er wirft uns eine kleinmütige Politik
gegen die Polen vor und polemisiert dagegen, daß wir eine
Reichswehr schaffen. Wo bleibt da die Logik? Wer hat
den Grenzschutz im Osten unmöglich gemacht? Die un-
abhängigen Sozialdemokraten.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschn. Volksp.): Es ist
nicht wahr, daß in der Ostmark ein gemehrtes polnisches
Volk gelebt hat. Die jetzigen Zustände haben ihre Ursache
in der Errichtung des Königreichs Polen, welche die Arbeit
des Reichstages gestiftet und überhaupt möglich ge-
macht hat.

Abg. B ä r w a l d (Dem.): Die Militärpartei hat im
November 1918 das Königreich Polen errichtet. Die De-
markationslinie ist für uns Deutsche außerordentlich un-
günstig. Wenn wir polnisch werden, erwartet uns ein Rück-
schritt zur Inkultur, wie wir ihn vor mehr als hundert
Jahren erlebt haben.

Abg. D a v i d s o n (Soj.): Wir werden zu einer schie-
lich-friedlichen Verständigung mit den Polen kommen müssen,
wie hart die Tatsachen gegenwärtig auch noch aufeinander-
stoßen mögen.

Abg. C e e (Deutsche Volksp.): Durch die Erlasse, wo-

nach die Deutschen zum Eintritt in die polnische Bürger-
wehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen
werden, ist die deutsche Bevölkerung in schwere Gewissens-
not gekommen. Sie verlangt von Regierung und National-
versammlung klare Stellung, wie sie sich diesen Berge-
wältigungen gegenüber verhalten soll.

Darauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung Freitag
3/4 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Sozialisierungsge-
setz und Gesetz über Regelung der Kohlenwirtschaft. Schluß
3/4 Uhr.

Sächsische Volkshammer.

S. S. Dresden, 9. März 1919.

Nach Verlesung der Eingänge und Mitteilungen aus
der Regiertranche wird zu Punkt 1 der Tagesordnung, all-
gemeine Vorbereitung über die Vorträge Nr. 2, den Ent-
wurf eines Gesetzes über Aufwandsentschädigung der Mit-
glieder der Volkshammer betreffend, auf Antrag des Abg.
Eubermann der Gesetzesentwurf dem Gesetzgebungsau-
schuss überwiesen.

Zu Punkt 2, allgemeine Vorbereitung über den Antrag
des Abg. Völsch und Gen., die Verzögerung der In-
dustrie mit Kohlen und Petrolkohlen aus dem Ausland sowie
mit Kohlen und Petrolkohlen betreffend, begrüßt er Abg.
Völsch (Dem.) den Antrag. Er schließt in längeren
Ausführungen besonders den Lebensweg der Textilin-
dustrie, die hinsichtlich der Kohlenfrage fast ganz auf die In-
fuhr vom Ausland angewiesen war. Die sächsische In-
dustrie, überhaupt Sachsen, müsse durch besondere sächsi-
sche Vertreter bei den Friedensverhandlungen, wie überhaupt
bei allen wirtschaftlichen Unternehmungen und Beschlüssen,
vertreten sein, und solche Vertreter müßten un-
bedingt auch im wirtschaftlichen Rat der Reichsregierung
sitz haben. Das liegt auch im Interesse des Reichs
selbst. Dann müsse dafür gesorgt werden, daß wie Koh-
len für angemessene Bedingungen erhalten, damit die
Produktion überhaupt noch möglich sei.

Darauf beschließt die Kammer, den Antrag Völsch
sowie in Schlussberatung zu nehmen, und die Punkte 3-6
der Tagesordnung, die die gleichen Fragen betreffen, nach
Begründung des Antrags Völsch nun auch gleich begrüßen
zu lassen und dann die Beantwortung zu eröffnen. Die
Regierung sei bereit, die Interpellationen zu beantworten.
Sodann begründet

Abg. Dr. R i e t h a m m e r (D. V.) die beiden Inter-
pellationen der Abg. Völsch und Gen. über die Kohlen-
frage der sächsischen Industrie und die Kohlennot Sachsen. Er
vertritt dabei entgegen der Sozialdemokratie die Aufrecht-
erhaltung der Heimarbeit. Nachdem für andere Industrie sei
die Einführung des Achtstundentages und die Sozialis-
sierung den größten Anteil am Wiederaufbau unserer
Industrie habe aber die Kohle. Die Kohlenausgleichsstelle
Dresden habe den richtigen Weg betreten, um die Kohlen-
versorgung sachgemäß zu regeln. Die sächsische Regierung
müsse ganz energisch dafür Sorge tragen, daß die in in den
Sachsen vorhandenen Kohlenminen doch endlich geöff-
net und der Industrie zugänglich würden. In der Inter-
pellation des Abg. Völsch und Gen., ebenfalls die Kohlen-
versorgung Sachsens betreffend, führt

Abg. B e u t l e r (D. V.) aus, daß die Kohlenver-
orgung ebenso wichtig sei wie die Nahrungsmittelversorgung.
Mit der Kohlenfrage eng verbunden sei die Frage der
Elektrifizierung der Staatsbahnen. Die preussische Re-
gierung sei dazu bereit, während die sächsische Regierung
den elektrischen Bahnen nicht vollständig gegenüber stehe.
Es sei eine Selbstverständlichkeit, daß unsere Industrie
Kriegsgewinne gemacht habe. Die Frage sei nicht von
unserer Industrie, sondern von den Staatserlösen ge-
macht worden, und unsere Industrie verbanke die kriegeri-
schen Gewinne lediglich ihrem rationalen Arbeiter. (Zustim-
mend) Ich vertritt hier, diese Kriegsgewinne der
Industrie nicht des Handels zu bekämpfen; denn es
kürme nur im Interesse der Allgemeinheit sein, wenn
unserer Industrie finanziell gestärkt in die Uebergangs-
wirtschaft eingehe.

Abg. D r e s c h e r (Soj.) betont in Begründung der
Interpellation des Abg. Völsch und Gen., wegen Regelung der
Kohlenversorgung, daß die Kohlennot nicht nur in der
Stadt, sondern auch auf dem Lande, selbst in den Kohlen-
bergwerksbezirken herrsche. Jedoch Kohle dieses Kohlen-
mangels müssen in erster Linie die Arbeiter im
Transportwesen beseitigt werden. An Arbeiterräten im
Bergbau fehle es nicht. Die Bergarbeiter hätten auch
keine Schuld, aber der Rückgang der Beschäftigung sei zum
großen Teile auf die durch den Krieg vernachlässigten Re-
paraturen an den Bergwerksmaschinen und Förderungs-
maschinen zurückzuführen. Er halte es nicht für statthaft,
daß sich einzelne Gemeinden und Städte wie Leipzig
eigene Kohlenbergwerke sichern. Die Sozialisierung wäre
das einzige richtige Mittel, um die Kohlennot zu beheben.

Abg. Dr. S c h a p p e (Soj.) erwidert in Beant-
wortung der Interpellation, daß der vorgeschlagene Aus-
tausch von Kohlen mit dem Ausland zunächst nicht
durchführbar sei. Mit Erzählungen müssen wir auf längere
Zeit noch weiter rechnen. Die Papierstoffe zu Kran-
nungszwecken böten nicht genügend Ertrag; gute Erz-
stoffe seien aber Halberkost und Ausbeute. Die Fertigung
dieses Handels sei das erstrebenswertere Ziel. Der Handel
siehe sich nicht abschließen und auch nicht bürokrati-
sieren. Die Wiederanbahnung der Verbindung mit dem
Auslande müsse dem sächsischen Kaufmann überlassen wer-
den. Sachsen sei in besonderer Weise, weil Kohlenstoffe
— mit ganz wenig Ausnahmen — in Sachsen überhaupt
nicht erzeugt werden. Das die sächsische Arbeiterzeit
nicht erzeugt werden. Das sei im großen und ganzen keine
Angelegenheit, so sei im großen und ganzen keine
Angelegenheit, so sei im großen und ganzen keine Ange-
legenheit, so sei im großen und ganzen keine Angelegenheit,
darum zu denken, daß eine Industrie das Problem habe,
die Leute länger als acht Stunden arbeiten zu lassen.
Der Arbeitsnachweis wäre nicht an der derzeitigen
Notlage schuld. Für den Bergbau wäre jetzt ein großes
Angebot von Arbeitern vorhanden. Für die Kohlenver-
orgung und Kohlenverteilung empfiehlt er die Zentralis-
sierung für das Reich. Dem Reichskohlenverteilungsausschuss
in Berlin sei bereits ein sächsischer Kohlenbeauftragter für
Sachsen beigegeben. Wenn wir genügend Kohlen haben, läme
auch die Industrie wieder in Schwung. Vor allem müßte die
Kohlenlieferung für die Nahrungsmittelindustrie und
Wäbereien sichergestellt werden. Die Kohlenlieferungen nach
Bayern dürften nicht aufhören, weil wir sonst von dort
keine Lebensmittel bekommen. Nichts werde unversucht ge-
lassen, um die Lage der Industrie zu bessern. Die sächsische
Regierung habe alles getan, was notwendig gewesen sei.
Die Sachverständigen würden auch in Zukunft nicht aus-
geklart.

Präsident Bräuer beantwortet die Beantwortung der
Interpellation. In der Ansprache weist Abg. Schaper
auf, daß am Rückgang der Kohlenförderung nicht
die Unvollständigkeit der Arbeiter Schuld seien, sondern
die Unternehmer selbst, und daß das einzige Mittel zur
Förderung der Kohlenförderung die Sozialisierung der Berg-
werke sei. (Zustimmung bei den Unabhängigen und Sozialis-
tischen.) — Abg. Völsch (D. V.) schlägt der Kammer die
Bildung von wirtschaftlichen Ausschüssen vor. — Abg.
W a n t e r - P l a u e n (Dem.) spricht über die Veränderung
der Verhältnisse auf dem Weltmarkt während des Krieges. —
Abg. G r a u p e (Soj.) macht längere Ausführungen über
die Kohlenfrage und betont, daß der Rückgang in der Kohlen-
förderung nicht erst nach der Revolution eingetreten sei, son-
dern auch schon während unserer alten Regierung bestan-
den habe. — Abg. Dr. C e e (D. V.) vertritt in seinen Aus-
führungen die Interessen der Bergwerksunternehmer. —
Abg. R a u p e (Soj.): Die Kohlennot sei eine Folge der

Arbeitsverhältnisse im allgemeinen. Was die Bergarbeiterkreise anbetrifft, so seien die Arbeiter in die Kreise hineingezogen worden. An eine Gerabehaltung der Bergarbeiterlöhne dürfte nicht eher gedacht werden, bevor nicht auch die Lebensmittelpreise gefallen seien. — **Wg. Pange-Preis (Wg.)** widerlegt die von Wg. Dreißer gemachten Mitteilungen über Preis und das Kohlenwerk, das die Stadt Leipzig sich gesichert habe.

Der Antrag Böhmers wird hierauf einstimmig angenommen. Schluß der Sitzung 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag.

Dertliches und Sächsisches.

Miesa, den 6. März 1919.

— Die künstlerische Schaubühne des Sächsischen Künstlerhilfebundes erklärt in den Dresdner Nachrichten folgende Entscheidung: Die künstlerische Schaubühne des Sächsischen Künstlerhilfebundes hatte am Sonntag morgen (28. Febr.) zu ihrer Eröffnungsvorstellung im Schauspielhaus eingeladen und Gäste und Besucher kühlen erwartungslos das Haus bis auf den letzten Platz. Sothar Schmidt Lustspiel „Nur ein Traum“ hat in Dresden schon in drei Theatern Aufführungen erlebt und kehrt auch in anderen Städten zu den erfolgreichsten Stücken. Ueber seine Eignung für die Zwecke der künstlerischen Schaubühne waren die Meinungen geteilt. Wenn man den Ton auf die sozialpolitischen Aufgaben der Wanderbühne legt, wird das Lustspiel gegen die sozialistische Auffassung der ethischen Beziehungen in dem Stücke einzuwenden lassen. Wenn man aber den leichten und lustigen Aufbau des unterhaltenden Lustspiels und seine bankbare Bühnenwirkung ins Auge faßt und den Gebanzen billigt, erst einmal durch reichliche Kost den Theaterbesuch eines unterhaltenden Publikums rege zu machen, so läßt sich darüber streiten. Denn zunächst kommt es dem Unternehmen auf sich selbst an, anlockend, Unterhaltung zu und auf gutem, an sich wertvolles Spiel. Das land man auch trotz der durch den Preis der Lebensmittel hervorgerufenen Arbeitslosigkeit im Spielplan. Als Spielplan waren im Sächsischen und Darstellenden vollauf zu wählen. Man wird die Entwicklung des hebrungsreichen künstlerischen Unternehmens mit besten Hoffnungen verfolgen.

Opern-Gastspiel. Man schreibt uns: In einem Opern-Gastspiel verpflichtete die Direktion Franz und Schlegel das Opern- und Chorpersonal des Altenburger Landes-Theater „Der Troubadour“, große Oper in 4 Akten von G. Verdi, gelangt in der üblichen Fassung wie in der ehemaligen Hofoper von diesem Ensemble am Mittwoch, den 12. März in hiesiger Theaterhalle zur Aufführung. Die melodische Oper, welche am 14. Januar 1853 in Rom ihre Premiere erlebte, nahm nach dieser ihren Lauf über alle Bühnen des In- und Auslandes und verschaffte nach altem Ehren die Meisterei des Komponisten. Die Hauptrollen werden von Solisten ersten Ranges des Altenburger Opernhauses vertreten, desal auch der Chor (Kanonchor), so daß mit einer vorzüglichen künstlerischen Oper-Aufführung gerechnet werden darf. Die Komposition liegt in Händen des bewährten Kapellmeisters Herrn Alfred Schink. Trotz bedeutender Unkosten werden die althergebrachten Preise wie bei ähnlichen Veranstaltungen nur unwesentlich erhöht.

— Die Landeslotterie als Opfer des Generalstreiks! Durch den Generalstreik in Leipzig ist auch die Landeslotterie in Mitleidenschaft gezogen worden; die auf heute und morgen angelegte Ziehung der vierten Klasse muß um kurze Zeit verschoben werden.

— **Gemeindevertreterkonferenz.** Eine hier am 2. März abgehaltene sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz, die von 115 Gesessenen besucht war, nahm,

wie die „Vollzeitung“ berichtet, eine Resolution an, die zum Ausdruck bringt, daß die Gemeindefunktionen erpariert, daß die sozialdemokratische Fraktion in der sächsischen Volkskammer umgehend die Neuwahlen der Stadträte und Gemeindefunktionen anordnet und die Verfassung der Bezirksverbände einer Neuorganisation unterliegt. Zur Frage der Belehrungs- und Aufklärungsklassen wurde von Seiten der Vertreter von Gröba folgender Antrag eingebracht: „Für die sozialdemokratischen Gemeindefunktionen ist ein Mitteilungsblatt herauszugeben und den Vertretern unentgeltlich abzugeben.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen und wird dem Landesvorstand übermittleit werden.

Streuzer. In dem feinerget gemeldeten Einbruchdiebstahl berichtet die „Vollzeitung“, daß Herbe, Wagen und Geschire den Dieben in Wurzeln wieder abgenommen werden konnten. Die Täter selbst, den 27 Jahre alten Väter Willi Erbse und den Fleischer Franz Sellner, nahm die Polizei auf dem Bahnhof in Braunsdorf bei Weitzsch auf. Den geschloffenen Koffer hatten die Diebe aus dem Zuge geworfen. Dem bestohlenen Gutsbesitzer Erdmann konnten sämtliche Sachen wieder zugekehrt werden, so daß er nur geringen Schaden erleidet.

Dresden. Da die ungenügende Kohlenversorgung der Kraftwerke voraussichtlich noch längere Zeit anhalten wird und demzufolge mit der Einschränkung des Straßenbahnbetriebes noch weiter gerechnet werden muß, beabsichtigt die Verwaltung der Sächsischen Straßenbahn, während der Zeit des Ruhens des elektrischen Betriebes an Berlin einen beschränkten Betrieb mit Pferden einzurichten. Der erste Versuch wird voraussichtlich in den nächsten Tagen auf der Straße Altmarkt-Beckmannstraße beginnen. — Am Montag in der 3. Kammerung wurde überlagert in der Sitzung des Senats in Dresden und warf dabei über der Direktorin des Hotel Geber, Traubstraße 11, aus 1000 Meter dicke Flugblätter aus. Es wurde von Herrn Geber beobachtet, daß ein lechtes Gegenstand mit Beschleunigung durch die Luft ruckweise über die Straße hinweg flog und mit gewaltigem Krach die harten Bretter und teilweise das untere Holz eines Tafelmannens zerstückte. Bei näherer Betrachtung stellte sich der Gegenstand als ein großes Bündel Flugblätter heraus, die sich in der Luft zerstreut hatten. Die Blätter enthielten einen Aufruf des Reichsministeriums mit der Aufschrift: „Die Sozialisierung marschiert“.

Delikt i. S. In Untermarksgrün erschien nachts ein Auto, dessen Insassen den Gastwirt und seine Frau zwangen, die Porträts, die verteilt werden sollten, herauszugeben. Die Männer wollten auch bewittelt sein und erpressten 25 Mark Geld. Sie verschwanden in der Richtung Plauen i. S.

Reichsbach. Auf den Beschluß der letzten Stadtverordnetenversammlung, das Ratsskollegium auszulösen, hat der Bürgermeister die Entscheidung des Ministeriums anzufragen. Von diesem ist ein Bescheid empfangen, daß die Neuwahl der unbesoldeten Stadträte durch die Volkskammer geregelt werden wird. Bis dahin sollen die unbesoldeten Stadträte in ihren Kammern verbleiben.

Tagesgeschichte.

Amerika.

Der Streik von 15000 New Yorker Hafenarbeitern, der im Januar auf Wilsons telegraphisches Ersuchen hin, einstellt wurde, ist anscheinend wieder ausgebrochen. Die Schiffsahrt ruht so gut wie völlig. Die Streikenden verlangen Lohnaufbesserungen von durchschnittlich 30 Prozent und den achtstündigen Arbeitstag. Der Kongress hat sich vertagt, nachdem die Diskussion der Resolution im Senat die Annahme einer

Wichtsamer Maßnahmen noch vor Schluß der Tagung verhindert hatte.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 6. März 1919.

Schwere Kämpfe in Berlin.

X Berlin. Seit Mitternacht spielen sich schwere Kämpfe um das Polizeipräsidium ab. Die Spartakisten feuerten mit Maschinengewehren und Artillerie, sobald das Gebäude stark beschädigt wurde. Eine Verbindung mit dem Polizeipräsidium ist unmöglich, da alle Zugangsstraßen von den Spartakisten besetzt und die Fernsprecheinrichtungen durchschnitten sind. Außer der Volksmarine-Division und einem Teil der republikanischen Soldatenmehr sind auch ein Teil der Matkäter und des 2. Garde-Regiments zu den Ausrücker übergegangen. Die nächsten Kämpfe sollen bis über 8 Tote und eine erhebliche Anzahl Verwundete gekostet haben.

Neuer Bergarbeiterstreik.

X Gleiwitz. Der „Wanderer“ meldet: Von 1452 Mann Belegschaft der Wolfgang-Grube in Ruda fuhren gestern nur 45 ein.

Die Verhandlungen mit den Vertretern des mitteldeutschen Streifgebietes.

X Berlin. Gektern fanden unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers hauer Verhandlungen mit den Vertretern der Ausständigen des mitteldeutschen Streifgebietes statt, die zu einer völligen Einigung führten. Die anwesenden Arbeitervertreter stimmten für ihre Verdon den beschlossenen Vereinbarungen zu und verzogen in ihren Kreisen, für die sofortige Durchführung einzutreten.

Beendigung des Generalstreiks in Bremen.

X Bremen. Der Generalstreik kann als beendet angesehen werden. Dadurch sieht der Ver-Ausschuss die Forderungen der Arbeiterschaft als erfüllt an, und fordert demgemäß die Streikenden auf, am Donnerstag früh in allen Betrieben die Arbeit wieder aufzunehmen.

Völlige Einigung im Bornaer Grubenbezirk.

X Borna. In den zwischen dem Volksbeauftragten Schwarz, dem bergbauischen Verein, dem Arbeiter und Soldatenrat Borna und der Verhandlung der Berg- und Metallarbeiter haltgehenden Verhandlungen wurde eine völlige Einigung bezüglich der Einsetzung der Betriebsräte erzielt. Die Arbeit ist deshalb auf sämtlichen Gruben des Bornaer Bezirkes wieder aufgenommen worden. Eine Beteiligung am politischen Generalstreik haben die Bergarbeiter mit 2700 gegen 1200 Stimmen abgelehnt.

Aufforderung zum Generalstreik in Mannheim.

X Mannheim. Der revolutionäre Arbeiterrat fordert die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf. Die Reichssozialisten lehnen die Beteiligung ab und fordern die Arbeiter auf, die Arbeitstätte nicht zu verlassen, um keine Gelegenheit zu neuen Putschern zu geben.

Wilson wieder nach Frankreich abgereist.

X Neu-York (Reuter.) Präsident Wilson ist gestern um 8^h morgens mit dem Dampfer Georg-Washington nach Frankreich abgereist.

Unsere Lebensmittelverorgung.

X Weimar. Der Nationalversammlung sind folgende Interpellationen der Reichsoppositionen zugegangen: Die in Deutschland greifbaren Getreidervorräte reichen nicht aus. Das deutsche Volk kann sich bis zur Eindringung der neuen Getreide nicht ernähren. Was bedeutet die Regierung zu tun, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen?

Die erkannte Person, welche am Dienstag Abend im Gasthof Gröba den

Schirm
vom Tisch genommen hat, wird dringend ersucht, selbigen im Gasthof Gröba abzugeben, andernfalls ich gerichtliche Schritte in Anspruch nehme.
Am 6. 3. auf dem Wege von Gröba nach Mieschen ein Koffer verloren.
Gegen Belohnung abzugeben Bahre Nr. 34 oder Mieschen, Poppitzerstr. 22.

Bessere Wohnung
von alleinstehender älterer Dame für 1. Juli gesucht. Offerten unter A X 1752 poltlagernd Mieschen.

6-Zimmer-Wohnung
(möglichst mit Garten) für 1. Oktober oder früher zu mieten gesucht.
Offerten unter Z W 1750 an das Tageblatt Mieschen.

Lehrer sucht für 15. April

2 möbl. Zimmer
(ev. 1 davon unmöbl.)
Offerten mit Preis unter A X 1751 an das Tabl. Mieschen.
Eisenbahner mit 1 Kind sucht mittlere

Wohnung,
Reitbahn oder Haderau, per 1. Juli. Off. unt. J V 1709 an das Miescher Tageblatt.

Wohnung
bis 300 M. sucht junges Ehepaar ab 1. April in Mieschen oder Umgebung.
An erf. im Tagebl. Mieschen.

Eine belle geräumige

Werkstätte
zu mieten gesucht.
Offerten erb. unt. U W 1745 an das Tageblatt Mieschen.

2 einf. möbl. Zimmer
zu vermieten
(Gasthofstr. 25.)

Eine schöne große

Wohnung
Preis 1. 400.—) sofort zu vermieten. Adresse zu erfragen im Tageblatt Mieschen.

6000 M. am 1. April, 10- bis 20000 M.
am 1. Juli verleiht auf sichere Hypothek G. Kern, Kommandant, Gartenstr. 8.

10- bis 15000 Mark als 1. oder gute 2. Hypothek für 1. April auszuliehen.
Angebote unter S W 1743 an das Tageblatt Mieschen.

4000 Mark auf sichere Hypothek 1. April d. J. auszuleihen. Best. Offerten unt. P W 1740 an das Tagebl. Mieschen erbeten.

Geld schnell u. diskret. DR. 100-5000, auch auf Möbel, ges. Warenrückf. durch P. Zohle, Dresden-N., Albrechtstr. 10. Briefl. Anfragen: Markt. 1. Antw. beifügen.

6-—8000 Mark auf fest. Hypothek auf Grundstück auszuliehen. Näheres zu erfahren in Mieschen, Altmarkt 5.

1000 Mark auf 2. sichere Hypothek zu leihen gesucht.
Offerten unter B W 1742 an das Tageblatt Mieschen erb.

Widwer, 42 J. alt, m. einem Kind, wünscht sich wieder glücklich zu

verheiraten,
wenn möglich Einzelrat in Landwirtschaft od. Geschäft. Offerten unter O W 1739 an das Tageblatt Mieschen erbeten.

Herr, 32 J., sucht, bel. m. Witwe od. Fräulein ab. 16. Geirat. Off. u. W 1747 an das Tabl. Mieschen erbeten.

Junges Mädchen,
18 Jahre alt, sucht Stellung gleich welcher Art. Off. unt. T W 1741 an das Tabl. Mieschen.

15-18 jähr. Mädchen evtl. fräutliches Ostermädchen als

Aufwartung
für sofort gesucht
Gröba, Georg Müllerstr. 3. v. Ein fleißiges

Dienstmädchen
findet angenehme Stellung, desgleichen ein Dorfchen, welcher mit Werben umgeben verkehrt. Gärtenveit Weiden.

Größeres Schulmädchen
zur Anwartschaft gesucht
Poppitzer Str. 31, 3. z.

Eine jüngere Anwartschaft
für vormittags wird gesucht
Wismarsstraße 25, v.

Ein
ehrlisches Mädchen
das helfen kann, sofort aufs Land in Wirtschaft gesucht. In melden bei Frau Müller, Niederlagstr. 1a.

Ein ehrlisches Hausmädchen
sofort oder später gesucht
Poppitzer Str. 24, i. Laden.

Für meinen bürgerlichen Haushalt suche ich eine zuverlässige Stütze in gelehrten Jahren, die den Haushalt selbstständig führen kann. Dieselbe muß im Kochen, Nähen und der Erziehung eines 9-jährigen Knaben erfahren sein. Für reichliche Verpflegung wird nach Möglichkeit gesorgt. Gute Behandlung zugesichert, zweites Mädchen vorhanden. Angebote erbitet Frau Else Lambert, Chemnitz, Zwilchner Str. 24.

Ende zum 1. April ein
schönes, zuverlässiges

Kindersfräulein
zu zwei Kindern.
W. Freygang,
Dauptstr. 72.
Für 15-jährige Tochter
suche Stellung als

Scholarin
auf größerem Gut od. Rittergut. Alfred Thomas, Dresden-N., Wrothenhainerstr. Nr. 25.

3 Mägde
zur Feldarbeit sucht, auch durch Vermittlung.

Düverich, Braunsb.

Eine Frau
wird tagsüber zu ein. Stunde
gesucht. Zu erf. im Tabl. Mieschen.

Junger Mann
sucht Stellung als
Knecht oder Kutsher.
Zu erf. im Tageblatt Mieschen.

Lüchtige Waschfrau
gesucht.
Frau Dr. Arnold,
Dauptstr. 68.
Saubere, ordentliche

Waschfrau
gesucht. Frau Marg. Gebser,
Wismarsstr. 49.

Pferdejung. u. Wäpde
sucht Verm. Zeelia, Haderau.
Ein unbesch. solider Mann,
vom Militär entlassen, sucht
Stellung als

Vorarbeiter oder
Aufseher
in jeder Branche. Bin in
Spezialarbeiten bewandert.
Offerten unt. N W 1738
an das Tageblatt Mieschen.

Lüchtiger Steinmeh
sofort gesucht.
Mar. Traub, Bildhauerei,
Poppitzer Str. 29.

Malergehilfen
sucht
Gröba, Schulstr. 7.

Korbmachergefelle
a. Osthöfungen eingerichtet,
sucht Karl Diederich, Seerhausen.

Hauskauf
möglichst nahe an Bahnstation mit gr. Garten od. etw. Feld zwischen Mieschen und Gröba. Preis 20000 M. gegen Bargzahlung 3. t. gel. Angeb. erbitte u. D K 2020 an Rudolf Wolff, Dresden.

Gut gepflegtes

reit- u. Wagenpferd
zu kaufen gesucht.
Off. Angeb. unt. J W 1734 an das Tagebl. Mieschen erb.

Beste Kauf wegen Aufg. d. Jucht
Sucht
Schlachtmännchen
Glaubitz Nr. 57.

1 Zuchtbulle
(Oldenburger) zu verk.
Pahrens Str. 9.

Guter, geb. Schürzanz
zu kaufen gef. Otto Wöschel,
Weiden, Caniker Str. 15.

Ladeentafel
zu verkaufen
Poppitzer Str. 1.

Mehrere leichte u. schwere Arbeitspferde
preiswert zu verkaufen
M. Gieslax, Neuweiden b. Mieschen
— Telefon 447. —

Müftung! Schlachtpferde!
Sucht jederzeit zu kaufen. Bei Notfällen schnellst. zur Stelle. Beau, Traubstr. 29.
Albert Mehlhorn, Gröba.
Telephon Mieschen Nr. 685.

Mavier
zu mieten gesucht. Angebote mit Preis unt. Y W 1749 an das Miescher Tageblatt.

Pianino,
gebrauchtes, aber noch gut erhalten, aus Vorhand zu kaufen gesucht. Offerten, mögl. mit Preisangabe unt. X W 1748 im Tagebl. Mieschen niederzuliegen.

Rot- und Weißwein-
Flaschen
verkauft
Zächl. Hof.

Brennholz
ist eingetroffen.
H. Hauswald.
Telephon 131.

Tabat-Samen
rot u. weiß blühend.
Portion 4000 Korn 1 M.
verkauft Alfred Arlt,
Gröba, Kirchstr. 40, 2.

Markenfreie!
Marmlade, Voltfend.
6 Dosen für 8.70 Mt.
franko Nachnahme verl.
H. Vorkhardt,
Mieschen, Weiden.

Gasthof Delitz
erhält
Fernsprech-Anschluss
Nr. 440.

Bettstellen mit Matragen,
Waschbänke,
Waschkommoden,
Küchenschiffe,
Salontische, Kleines Sofa
zu verkaufen
Poppitzer Str. 27, 1.

1 bis 2 Frühbederler
zu kaufen gesucht.
Gartenstraße, Gröba.

Sobelbant
m. Werkz. zu kauf. gesucht.
Offerten unter Q W 1741 an das Tageblatt Mieschen.

Gebr. guterh. Nähmaschine
zu kaufen gesucht.
Offerten unter Y W 1746 an das Tageblatt Mieschen.

Fast neue

Möhrenlämaschine
zu verkaufen Mieschen Nr. 13.

Hohe

Granitpfeiler
eingetroffen und gibt solche
preiswert ab
G. Schuster,
Bahnhof Weiden.

Ein in Mieschen stehendes

Harmonium
billig zu verkaufen. Näheres
Marx Horn,
Weiden, Mittelstraße 35.

Zurubereit. Münchris u. Umgegend.
 Sonntag, den 9. März, nachm. 1/2 Uhr
Hauptversammlung.
 Tagesordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Turnbericht, Neuwahlen, Aufnahme neuer Mitglieder, Freie Anträge. — Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht.
Der Turnrat.

Höpfners Theatersaal.

Opern-Gastspiel.
 Direktion Franz und Schleichardt.
 Mittwoch, den 12. März 1919
 Einmaliges Gastspiel des Opern-Ensembles vom Altenburger Landes-Theater (ehemaliges Hoftheater).
Der Troubadour.

Große Oper in 4 Akten von G. Verdi.
 1. Akt: In der Wachtstube. 2. Akt: Zigeunerlager, dann Kloster. 3. Akt: Belagerung des Schlosses Castellor. 4. Akt: Im Kerker.
 In der Hauptrolle: **Frl. Selene von Neuberg**, Kammerfängerin, als **Lucena**, Zigeunerin.
Großes Orchester.
 Musikalische Leitung: Herr Postkapellmeister **H. Schlot**.
 Vollständige Opern-Aufführung.
 Besetzung aller Rollen nur durch erstklassige Kräfte der Altenburger Landes-Oper.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr.
 Preise der Plätze im Vorverkauf:
 Num. Sperrsitze 4 und 3 Mk., 1. Platz 2.50 Mk., 2. Platz 2 Mk., Galerie 1 Mk. in der Buchdruckerei Abendroth und Zigarrengeschäft Wittig.

Für die uns an unserm Hochzeitstage dargebrachten zahlreichen Ehrungen und schönen Geschenke
danken recht herzlich.
Kurt Täschner u. Frau
 Selene geb. Sommer.
 Heyda, am 5. März 1919.

Für die uns zu unserer Vermählung und zum Einzuge in so reichem Maße von Verwandten, Freunden und Bekannten erwiesenen Aufmerksamkeit
danken herzlichst.
Wahrenz und Banis bei Stauchitz,
 im März 1919.
Edwin Hänsel u. Frau, Dora geb. Bieger.

Für die überaus zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimzuge unseres kleinen Lieblings
Kurt
 sagen wir nur hierdurch allen unseren
tiefgefühlten, herzlichsten Dank.
Otto Reiche, Wäckerstr., und Frau.
 Riesa, Niederlagstr. 17.

Infolge eines Unglücksfalles starb am 4. März im Krankenhaus zu Riesa unser guter Sohn und Bruder
Kurt Kunz.
 Im tiefsten Schmerz
Familie Louis Kunz.
 Neugröba, Maschinenhausstr. 4.
 Die Beerdigung findet Sonnabend, den 8. März, nachmittags 1/2 Uhr von der Friedhofshalle in Riesa aus statt.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.
 Gestern früh 1 Uhr verschied sanft und ruhig nach längerem, schwerem Leiden unsere herzensgute Mutter, meine liebe Tochter
Auguste Minna Teichmann
 im Alter von 53 Jahren.
 Im tiefsten Schmerz
 die schwerverwundeten, tieftrauernden Kinder
 nebst Großmutter.
 Grödel, am 5. März 1919.
 Die Beerdigung findet Freitag, den 7. 3., nachm. 1/3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Casthof Heyda.

Sonntag, den 9. März
großes Militär-Konzert
 mit anschließendem feinem Ball.

Theater in Riesa Hotel Höpfner.

Berliner Operetten-Gastspiele.
 Direktion Franz und Schleichardt.
 Morgen Freitag, den 7. März 1919.
 Unter Mitwirkung der gesamten Kapelle des Pionier-Bataillons Nr. 22.
 Kleines Aufführungsrecht. Großes Orchester.
Wiederholung der mit größtem Erfolg aufgenommenen Operette

Die Czardasfürstin.

Große Operette in 3 Akten von Reichert und Wagner.
 Musik von Saloman. Spielleitung Karl H. Franz.
 Dirigent Theaterkapellmeister Köhler.
 Geste Franz-Schleichardt in der Titelrolle.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr.
 Vorverkaufsstellen: Buchdruckerei Abendroth (Telef. 138) und Zigarrengeschäft Wittig (Telef. 445).
 Sperrsitze 3.— Mk., 1. Platz 2.50 Mk., 2. Platz 2.— Mk., Galerie 1.— Mk. An der Abendkasse auf allen Plätzen 25 Pf. Aufschlag.
 Bestellungen auf Billets werden schon heute entgegengenommen. — Billets, welche am Spieltage um 12 Uhr mittags nicht abgeholt sind, werden anderweitig verkauft. Eintrittskarten haben nur Gültigkeit für die Vorstellungen, für welche sie gelöst sind.
 Das gelächte Publikum höflich einladend und um zahlreichen Besuch bittend, zeichnen unter vorgl. Nachachtung
Franz u. Schleichardt.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Freitag bis Sonnabend neues Programm.
 Sonntag, den 9. März:
Die Hochzeitsnacht
 (Drama).
 Dazu der große Lustspielschlager:
Die Film-Kathi.
 Um gütigen Zuspruch bittet
 die Besitzerin: **Anna Sach.**

Freiwillige für Sachsens Grenzschutz!

Noch haben wir keinen Frieden. Noch stehen Feinde auf allen Seiten Deutschlands unter den Waffen. Polen und Tschechen bedrohen unsern jungen Freistaat Sachsen. Die Polen haben einige Tagemärsche vor Bausen, die Tschechen haben größere Truppenmärsche unmittelbar an der Grenze unseres Heimatlandes. **Die freie sächs. Republik muß ihre Grenzen selbst schützen.** Es werden daher freiwillige mobile Verbände aufgestellt; sie führen den Namen **Grenzjäger-Abteilungen** und sind zu schnellm. taufkräftigem Handeln berufen, falls ein Feind es wagen sollte, das sächsische Vaterland zu gefährden. Nur wer den Willen zur strengsten Unterordnung und wer sich im Kriege einwandfrei geführt hat, soll sich zum Eintritt melden. **Die Gehaltsfrage ist ausreichend.** Bei freier Unterordnung und freier Verpflegung werden mobile Gehaltsfragen und eine tägliche Zulage von 5 Mk. gewährt. Die Bestimmungen des Mannschafts-Voranschlags und des Militär-Hinterbliebenengesetzes finden Anwendung. Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne der Militärverordnungsreihe. Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu begründet. Die Freiwilligen-Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heer. 50% aller Kompanie-Offizierstellen können mit älteren im Kriege bewährten Unteroffizieren besetzt werden. Jedem Soldaten wird also in den Grenzjäger-Abteilungen die Möglichkeit gegeben werden, sich für die Offiziers-Laufbahn vorzubilden und Offizier zu werden, da künftig die Offiziers-Laufbahn jedem Soldaten zugänglich sein wird, der sich für sie eignet. Als Freiwillige werden nur vollkommen selbstständig, ausgebildete, moralisch einwandfreie Persönlichkeiten eingestellt. Die Annahme erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:
Verpflichtung auf die Regierung der Republik Sachsen, zu ihrer Unterstützung im Schutz der Landesgrenzen und in der Sorge für Ordnung und Sicherheit innerhalb ihres Staatsgebietes. Unterordnung unter die eingeleiteten Führer, denen Soldaten-Vertrauens-Räte zur Seite stehen. Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Eintreffens beim Truppenteil mit 14-tägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. des Monats. Wird die Kündigung zu dieser Frist von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag um einen Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut. Bei groben Vergehen des Freiwilligen oder völliger Ungeeignetheit für die Zwecke der Grenzjäger-Abteilung ist der Truppenteil berechtigt, den Freiwilligen sofort zu entlassen. Meldungen sind schriftlich oder persönlich der Grenzjäger-Abteilung Nr. 1 in Rönigsgröba oder der Grenzjäger-Abteilung Nr. 2 in Weichenberg einzureichen. Die hierzu erforderlichen Formulare sind bei jeder Gemeindebehörde und Stadtverwaltung zu haben. **Sachsen! Werbet zum Schutze Eurer Familien, Eurer Eltern, von Haus und von Herd! Helft mit an der Sicherung Eurer Heimat und am Bau einer guten sächsischen Zukunft!**

Sächsische Freiwilligen-Grenzjäger-Abteilungen 1 u. 2.

Vereinsnachrichten

Sächsische Fechtschule Verband Riesa. Morgen Freitag abend 7 Uhr Ausübung-Sitzung im Vereinslokal.
 Bezirkslehrerverein Riesa. Sonnabend, d. 8. 3., nachm. 4 Uhr Eldterrasse. „Zeitgenosse Schulfragen.“ Herr Volksbeauftragter, Vnd. Fr.
 Riesa „Fisch-Klub“. Sonntag, d. 9. 3., Turnmarsch nach Vornbach. Abmarsch 1/3 Uhr a. d. Trinitatiskirche.
 Arbeitsgemeinschaft-Vorträge. Nächster Vortrag 7. März abends punkt 7 1/2 Uhr Handelschule.
 M. G. „Harmonie“. Heute keine Probe. Näheres morgen an gleicher Stelle.
 Gombowath. Verein Riesa. Sonnabend, den 8. 3., abends 8 Uhr Versammlung im Kaiserhof.
 Stadtkinderverein Gröba. Montag, den 10. d. M., abends 8 Uhr Hauptversammlung im „Zähringer Hof“.

Gasthof Münchris.

Sonntag, 9. März, abends 1/8 Uhr
Bunter Abend
 von
Antonie Arnhold, Konzertsängerin, und
Emma Reichelt-Arnhold, Vortragstäntlerin.
 Erziehe und weitere Vorträge
 :: Lieder und Tänze ::
 Karten 1.25 Mk. (Vorverk. 1.00 Mk. im Gasthof Münchris) und 0.75 Mk.

Knopflöcher
Sohljaun
u. Zierstich
 in sauberer Ausführung vermittelt
Franz Börner
 Hauptstraße 64 a.

Karbid
 wieder eingetroffen.
A. B. Hennicke.
Gegen Würmer
 hilft vorzüglich
 Vermal für Kinder 80 g
 Vermal für Erwachsene 100 g
 Stadtapotheke Riesa.

Handwagen
 in allen Größen empfiehlt
inherst preiswert
J. Berns, Bengler.
 Wiltz-Str. 6, am Kaiserhof.

Reinige jeden Posten
Rotflee
 von Hunderippe (Wegbreit).
G. Schuster, Bahnhof
 Wiltzstr.

Bachholderjaft
 empfiehlt die
 Medizinaldrogerie
A. B. Hennicke.

Kohlrabi,
Strunktraut,
Möhren,
Sauerkraut u.
Kohlrüben
 empfiehlt
Karl Wared,
 Hauptstr. 1.

Fett- und Fleischknappheit
 nicht mehr fühlbar.
 Man versuche
Worri-Würze

unter Beachtung folgenden Rezeptes:
Bratkartoffeln ohne Fett.
 Die fertig geschichtenen und gebackten Kartoffeln werden ohne Salz mit etwas Zwiebeln mit einem geringen Quantum durch Wasser verdünnte Worri-Würze gebraten. Je nach Bedarf kann etwas Salz hinzugefügt werden. Zu haben bei:
Clemens Bürger, Riesa,
Carl Planer, Gröba,
Otto Zuber, Köderau,
Fr. Lubrian, Grawitz.

Freibank Riesa.
 Sonnabend 8-10 Uhr
 Verkauf von Rindfleisch, roh und gefodt, 1.50 bis 1.25 Mk., an 1-100 Volkswägen.
 Das Inserat in Nr. 53 d. Bl. betr.

„lanzluftige Herren
 für Donnerstag abend im Waldschloßchen Wöderau willkommen“, wird hiermit **nicht genehmigt** erklärt, da von nichtberechtigter Person aufgegeben. **Der Beauftragte.**

Sächs. Militärverein Gröba.
 Zur Beerdigung unseres Kameraden **Karl Würdich** stellt der Verein Freitag, den 7. März, mittags 1/1 Uhr im Anker, um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.
Der Vorstand.

Die heutige Nr. umfaßt 4 Seiten.